

**II-4027 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 2068/18

1991-12-03

**A N F R A G E**

des Abgeordneten Srb und FreundInnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Verschlechterungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation von behinderten Menschen im Zusammenhang mit der geplanten Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung

Den Anfragestellern ist zu Ohren gekommen, daß im Zuge der vorgesehenen Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung geplant ist, die Aufgaben der beruflichen Integration von behinderten Menschen, welche bisher von den Landesinvalidenämtern wahrgenommen wurden, der neuzuschaffenden Arbeitsmarktverwaltung zu übertragen.

Diese Maßnahmen lassen für die Betroffenen befürchten, daß mittel- und längerfristig die berufliche Rehabilitation unter die Räder kommen könnte. Die prognostizierte Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt könnte dazu führen, daß weniger Personal als bisher für die Beratung, Betreuung und Vermittlung von behinderten Arbeitssuchenden zur Verfügung stehen könnte. Das derzeit noch relativ hohe Niveau der Maßnahmen im Bereich der Landesinvalidenämter könnte zum Schaden der Betroffenen auf das Niveau im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung absinken: dies würde einer Reduzierung der notwendigen Maßnahmen gleichkommen, vor allem aber würden die für eine Sicherstellung der Rehabilitationsmaßnahmen unbedingt erforderlichen flankierenden Maßnahmen - etwa jene der sozialen Rehabilitation - wegfallen, was eine Gefährdung der gesamten Rehabilitationsmaßnahmen bedeuten würde.

Weiters wäre eine Verlagerung der Rehabilitationsmaßnahmen auf institutionalisierte Bereiche (wie z.B. jene der Berufsfindungszentren oder der Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentren) zu befürchten, was zu Lasten einer individuellen Betreuung im Rahmen eines Arbeitsplatzes in der freien Wirtschaft gehen würde und somit die Chancen für behinderte Arbeitssuchende dramatisch verschlechtern würde.

Alle diese möglichen Entwicklungen wären nicht im Interesse der Betroffenen. Vielmehr würden sie einerseits bestehende Arbeitsverhältnisse (durch den Wegfall der Maßnahmen der sozialen Rehabilitation) gefährden und andererseits zu einem weiteren Ansteigen der bereits jetzt außerordentlich hohen Arbeitslosenrate bei behinderten Menschen führen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an Sie, Herr Bundesminister, folgende

**A N F R A G E**

- 1) Wie lauten Ihre genauen Pläne betreffend die berufliche und die damit in Zusammenhang stehende soziale Rehabilitation für behinderte Menschen?

- 2) Welchen Stellenwert hat für Sie a) die berufliche und b) die soziale Rehabilitation bzw. Integration von behinderten Menschen?
- 3) Können Sie ausschließen, daß es im Zuge der geplanten Ausgliederung der AMV zu einer Reduzierung der erforderlichen Maßnahmen und Aktivitäten und damit zu einer Benachteiligung für behinderte Menschen kommen wird?

Wenn nein:

- a) Welches sind die Gründe dafür?
- b) Welcher Art wird die Verschlechterung sein?
- c) Wie können Sie das mit Ihren öffentlichen Erklärungen in Einklang bringen?

- 4) Sind Sie bereit, alles zu unternehmen, damit es zu keiner Einschränkung der erforderlichen Maßnahmen der beruflichen und sozialen Rehabilitation kommen wird?  
Wenn nein, welches sind die Gründe dafür?
- 5) Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß es zu keiner Reduzierung des derzeit eingesetzten Personals kommen wird?  
Wenn nein, welches sind die Gründe dafür?
- 6) Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß die laufende Beratung und Betreuung behinderter Menschen am Arbeitsplatz ausgebaut wird?  
Wenn nein, welches sind die Gründe dafür?
- 7) In welcher Form sollen die Mittel des Ausgleichstaxfonds im Zuge der geplanten Neuorganisation eingesetzt werden?